Schlagwort-Nr. 16078. Online seit 31.07.2013, aktualisiert am 15.02.2016.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in Sachsen

Das Industrieland Sachsen war für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ein wichtiges Gebiet. Der Bezirk Erzgebirge-Vogtland war mit circa 14.000 Mitgliedern Ende 1919 der stärkste im Reich. Jedoch bereitete die starke Konkurrenz von Unabhängiger (USPD) und Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) den Kommunisten auch in Sachsen Schwierigkeiten, die sich in einer schwächeren Parteiorganisation in den beiden anderen sächsischen Bezirken Halle-Leipzig (später: Westsachsen) und besonders Ostsachsen zeigte. Bei der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD zur Vereinigten KPD (VKPD) 1920 verblieben weite Teile der USPD-Mitglieder bei ihrer alten Partei. Auch der missglückte Mitteldeutsche Aufstand vom März 1921 führte zu einem starken Mitgliederverlust bei den Kommunisten. Bei den Landtagswahlen vom 14. November 1920 trat die KPD erstmals an und erhielt 5,7 % der Stimmen bzw. 6 Mandate, doch schon bei den nächsten am 5. November 1922 erreichte sie 10,5 % bzw. 10 Mandate. Von 1920 bis 1923 tolerierte die KPD die Minderheitsregierungen von USPD und MSPD bzw. SPD. Am 12. Oktober 1923 traten gar zwei Kommunisten in die sozialdemokratische Regierung unter Erich Zeigner ein. Ziel war es, als Reaktion auf ein Einschreiten der Reichsregierung gegen die sächsische und die entsprechende thüringische "Arbeiterregierung" einen "Deutschen Oktober" auszulösen. Da der Rückhalt für diesen Plan jedoch nicht nur bei der SPD, sondern auch in der eigenen Partei zu gering war, fand der "Deutsche Oktober" letztlich nicht statt bzw. bestand er nur in einer isolierten, erfolglosen Aktion der Hamburger KPD. Die Reichswehr marschierte in Sachsen und Thüringen ein und die KPD wurde bis zum März 1924 verboten. Während der anschließenden Phase der relativen Stabilität der Weimarer Republik zwischen 1925 und 1928 gelang es der KPD, ihre Organisation zu festigen. Bei den Landtagswahlen am 31. Oktober 1926 erreichte sie immerhin beachtliche 14,5 % bzw. 14 Mandate. Trotz gewisser Friktionen in Reaktion auf das Einschwenken der Parteiführung auf den Kurs Josef Stalins 1928/29 war die Abspaltung der "Kommunistischen Partei Opposition" (KPO) auch in Sachsen nicht erfolgreich. Wie im ganzen Reich so rächte sich auch in Sachsen die anschließende Konzentration auf den Kampf gegen den "Sozialfaschismus" und ihre prinzipielle Oppositionshaltung bitter, als sie der Machtübernahme der Nationalsozialisten nichts entgegensetzen konnte.

Beteiligung an der Landesregierung 1919-1929:

Kabinett	Ministerposten

Kabinett Zeigner (21. März 1923 bis 29. Oktober 1923)	Finanzen (Paul Herbert Böttcher, ab 12. Oktober 1923), Wirtschaft (Fritz Heckert, ab 12. Oktober 1923)

Literatur:

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 108.

GROSS, Reiner, Geschichte Sachsens, Leipzig 42012, S. 254-270.

VOIGT, Carsten, Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933 (Geschichte und Politik in Sachsen 26), Köln / Weimar / Wien 2009, S. 65-82, 244-249, 487-495, 503-511 und 537-555.

Empfohlene Zitierweise:

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in Sachsen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 16078, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/16078. Letzter Zugriff am: 02.05.2024.